

Wiranto sagt aus

Der Ex-Armeechef und -Verteidigungsminister General Wiranto sagte am 5. Mai 2007 vor der Wahrheits- und Freundschaftskommission (CTF) aus, die 1999 von der indonesischen und osttimoresischen Regierung gegründet wurde. Anstelle der Entschuldigung, die sich Opfer der 1999 von pro-indonesischen Milizen begangenen Verbrechen erhofft hatten, bezeichnete sich Wiranto als unschuldig und nannte die Anschuldigungen »unsinnig und verrückt«. Es habe »keine Politik des Angriffs auf Zivilisten (gegeben), keine systematischen Pläne, keinen Genozid oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit«. Die Milizen seien nicht vom indonesischen Militär finanziert, ausgestattet oder ausgebildet worden. Wiranto sagte zudem, es habe keine Politik der verbrannten Erde gegeben, sondern die Osttimoresen hätten ihre Häuser selbst in Brand gesetzt, damit sie nicht in die Hände der Feinde gerieten. Laut Wiranto könnte es sein, dass »einer oder zwei« seiner Männer an dem Blutbad beteiligt gewesen seien, dies unterliege aber deren individueller und nicht seiner persönlichen Verantwortung. Er selbst habe dagegen versucht, die Leute von Gewalt und Zerstörung abzubringen. Grund für die Gewalt seien letztlich interne Konflikte in Osttimor gewesen. Die CTF kann die Verbrechen nur untersuchen, aber nicht strafrechtlich verfolgen.

vgl. IHT 6.5.07; rtr 5.5.07; AFP 5.5.07

Horta wird Präsident

Jose Ramos Horta gewann am 10. Mai 2007 die Präsidentenwahl mit 69 % der Stimmen (80 % Wahlbeteiligung) in einer Stichwahl gegen Francisco Guterres von der Fretilin (erster Wahlgang am 9. April 2007). Jose Ramos Horta war von 2002 bis 2006 Außenminister und seit 2006 Premierminister Osttimors. Die Fretilin akzeptierte das Wahlergebnis und kündigte an, mit dem neuen Präsidenten zusammenzuarbeiten. Mehr als 4000 lokale und internationale Polizeikräfte und Friedenstruppen sorgten für Sicherheit. Mindestens 32 Personen wurden vor dem ersten Wahlgang bei Gewaltakten verletzt, es kam zu rund 200 Festnahmen; außerdem

gab es zahlreiche technische Pannen. Die Stichwahl verlief dagegen friedlich und ohne größere Vorkommnisse. Die Bevölkerung Osttimors hofft nun, das Ramos Horta das Land einen und Frieden stiften kann, nachdem es im vergangenen Jahr zu Unruhen gekommen war. Ramos Horta will ausländische Investitionen und Wirtschaftsentwicklung fördern, Armut bekämpfen und das interne Flüchtlingsproblem lösen. Am 30. Juni werden die Parlamentswahlen stattfinden, bei denen der bisherige Präsident Gusmao mit seiner neugegründeten Partei CNRT antreten will und das Amt des Premiers anstrebt.

vgl. AFP, The Independent 11.5.07

ISF parteiisch?

Die Fretilin-Führung unter Mari Alkatiri beschuldigte die von Australien geführten internationalen Friedenstruppen (ISF) im Vorfeld der Präsidentenwahlen der Parteinahme für Jose Ramos Horta. Die ISF hatten in Fahrzeugen der Fretilin, die zu einer Kundgebung unterwegs waren, Waffen und Bargeld gefunden. Die Fretilin bestreitet dies und warf im Gegenzug der ISF vor, Waffen auf die Straßen gelegt zu haben, um Unruhen zu provozieren. Die australische Armee erklärte, die auf die Straße gefallenen Waffen habe man mit Hilfe von

Passanten sofort aufgehoben. Darüber hinaus seien die Truppen auf Einladung der Regierung in Osttimor und verhielten sich unparteiisch. Mari Alkatiri machte in Dili Stimmung gegen die ISF. Diese halte Fretilin-Anhänger von der Teilnahme an Kundgebungen ab, unter anderem durch Einschüchterungsmaßnahmen. Australische ISF-Truppen würden bspw. mit Hubschraubern in der Nähe von Kundgebungen landen und sich unter die Zuschauer mischen, so dass sich die Versammlungen auflösten.

vgl. SBS 5.5.07; SMH 7.5.07

Kritik an UN-Mitarbeitern

Den UN-Mitarbeitern werden Verstöße gegen die Politik der Nulltoleranz gegenüber sexuellem Missbrauch vorgeworfen. Ausländer in Dili sprachen von der Eröffnung Dutzender Bordelle in letzter Zeit, vor denen nachts UN-Fahrzeuge parkten. Minderjährige Prostituierte würden abends in Dili in UN-Fahrzeuge ein steigen. Atul Khare, Leiter der UN-Mission, forderte die Mitarbeiter zu einem besseren Benehmen auf. Darüber hinaus brachte ein UN-Bericht ans Licht, dass die Friedenstruppen mindestens 20

Babys hinterlassen hätten, deren Mütter von der Gesellschaft gemieden würden. Auch sexueller Missbrauch von Kindern wurde aufgedeckt, doch kein einziger Angestellter wurde zur Rechenschaft gezogen. Eine UN-Sprecherin in Dili kündigte an, die Nulltoleranzpolitik der UN werde nun durch eine interne Sondereinheit strenger überwacht.

vgl. The Age 7.5.07; The Australian 7.5.07